

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 24. Oktober 1924.

Geehrte Redaktion!

Amtsführender Stadtrat Breitner ersucht freundlichst zu der am Samstag, den 25. Oktober 1924 um 3 Uhr nachmittags in seinem Büro Neues Rathaus, Stiege V, I. Stock stattfindenden

P r e s s e k o n f e r e n z

einen Vertreter zu entsenden. Stadtrat Breitner wird über die Lustbarkeitsabgabe sprechen.

Ausgewiesene Wohnungslose. Heute vormittags fuhr beim Wohnungsamt der Stadt Wien ein vollbepackter Möbelwagen vor, der die Habseligkeiten des Kutschers Franz Bayer enthielt. Bayer war bis vor einigen Wochen bei der Stiftsverwaltung Heiligenkreuz bedienstet und wohnte auch dort mit seiner Frau und seinen vier Kindern. Als er den Posten verlor, wurde die Familie delogiert. Das Bürgermeisteramt Heiligenkreuz hat nun die Familie samt ihren Habseligkeiten heute in das Wiener Wohnungsamt geschickt und ihr ein Schreiben mitgegeben, in dem die Gemeinde ihre eigentümliche Vorgangsweise damit begründet, dass sie für die Familie Bayer keine Wohnung habe und sie daher in ihre Heimatgemeinde Wien abschieben müsse. Dazu wird bemerkt, dass übrigens auch die Gemeindevertretung von Baden sich kürzlich auf die gleiche Weise eines Wohnungslosen entledigen wollte. Das Wohnungsamt ist aber ausserstande solche ausgewiesene Wohnungslose unterzubringen, da gegenwärtig mehr als 1300 Familien auf der Notstandsliste sind, wobei es sich ausnahmslos um dringende Fälle von Wohnungsnot handelt.

Noch immer Waggonbewohner. Ein Spätabendblatt hat gestern mitgeteilt, dass es in Wien noch immer Familien gebe, die in Waggons hausen müssen. Das städtische Wohnungsamt teilt hierzu folgendes mit:

In allen Fällen, in denen noch Waggonbewohner vorhanden sind, handelt es sich um Eisenbahner, die von den Nachfolgestaaten ausgewiesen worden sind. Diese Eisenbahner wurden von den Bahnverwaltungen in Waggons untergebracht. Das städtische Wohnungsamt hat den grössten Teil der nach Wien gebrachten Wohnungslosen bereits mit Wohnungen versorgt. Würde die Bundesverwaltung mit der gleichen Fürsorge eingreifen, so wäre dieses Problem längst gelöst. Es würde wohl der Bundesverwaltung keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, unter Anwendung des Paragraph 16 des Wohnungsanforderungsgesetzes, wonach Wohnungen von Bundesangestellten, die durch Tod, Versetzung u. s. w. frei werden, von der zuständigen Dienststelle zu besetzen sind, die noch in Waggons wohnenden Eisenbahner unterzubringen. Das Wohnungsamt hat nämlich auf die Besetzung solcher freiwerdender Wohnungen keinen Einfluss, wenn der Vorschlag der staatlichen Dienststelle den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Schliesslich wäre es der Bundesverwaltung leicht gewesen, bei Besiedlung der zahlreichen Gebäude, die durch den Abbau der Aemter freigeworden sind, die noch unversorgten Waggonbewohner unterzubringen. Es sei nur auf die beiden grossen Gebäude in der Porzellangasse verwiesen, in denen früher das Arbeitsministerium untergebracht war und die jetzt zu Wohnzwecken umgestaltet werden. Es wurden in einem dieser Gebäude nicht weniger als 57 Wohnungen erstellt, von denen sechs ein Zimmer und Küche, vier ein Zimmer, Kabi-

nett und Küche, zehn zwei Zimmer und Küche und die übrigen bis zu drei Zimmer und Kabinett samt Nebenräumen enthalten. Dem Wohnungsamt ist nicht bekannt, dass bei der Zuweisung dieser Wohnungen, die demnächst durch die Bundesämter erfolgen wird, etwa die Waggonbewohner, die ausschliesslich Bundesangestellte sind, berücksichtigt werden sollen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass es den Bahnverwaltungen und der Bundesverwaltung schon längst möglich gewesen wäre, die Waggonbewohner ordentlich unterzubringen. Neben den Waggonbewohnern verzeichnet das städtische Wohnungsamt mehr als 1300 Notstandsfälle, meist kinderreiche Delogierte, die auf die Zuweisung einer Wohnung warten. Dazu kommt noch, dass die Praxis der Gerichte bei Kündigungsprozessen die Wohnungsnot noch bedeutend verschärft. Scheinbar durch die Bautätigkeit der Gemeinde Wien verleitet, werden von den Gerichten die Kündigungsbeschränkungen oft sehr lose gehandhabt. Zum Augusttermin sind nicht weniger als 3408 gerichtliche Kündigungen eingebracht worden, von denen der grösste Teil auf Hauptmieter kommt. Es ist auch die stets steigende Zahl von Notstandsfällen vor allem auf die gerichtlichen Wohnungskündigungen zurückzuführen, die meist eine gerichtliche Delogierung zur Folge haben und daher am stärksten das Wohnungsamt belasten.

Neue Strassenbenennungen Im Siedlungsgebiet in Simmering, nächst der Weissenböckstrasse befinden sich 72 von der Gemeinde erbaute Siedlungshäuser. In der letzten Sitzung des Technischen Gemeinderatsausschusses wurde nun auf Antrag des G. R. Jenschik die Benennung mehrerer Gassen dieses neuen Viertels beschlossen. Ein Platz wird nach dem Altmeister des Flugzeugbaues „Wilhelm-Kreuzplatz“ benannt werden. Ferner wird eine Gasse nach dem Landforscher Andreas Reschek „Reschekgasse“ heissen und eine nach dem Arbeiterdichter Alphons Petzold „Petzoldgasse“ benannt.

Einführung der elektrischen Strassenbeleuchtung am Neubau und Alsergrund. Die elektrische Beleuchtung wird nunmehr auch im Strassenzuge Breitegasse- Siebensterngasse- Stiftgasse- Westbahnstrasse eingeleitet werden. Die Kosten betragen rund 355 Millionen Kronen. Ferner werden am Alsergrund die Alsergasse- Kinderspitalgasse elektrisch beleuchtet, die Kosten dieser Installation belaufen sich auf rund 166 Millionen.

Vergrösserung des Brigittaspitals. Das frühere Brigittaspital, das jetzt in das Eigentum und in den Betrieb der Gemeinde übergegangen ist, und seitdem „Entbindungsheim der Stadt Wien“ heisst, bedarf schon aus Gründen der billigeren Betriebsführung einer Erweiterung. Gegenwärtig hat es nur einen Belegraum von 35, höchstens 37 Betten, der den Ansprüchen, die die Bevölkerung an das Heim stellt, durchaus nicht genügt. Es wird daher ein Zubau zum Trakt in der Stromstrasse und die Erbauung eines grossen Seitenflügels in der Passettistrasse geplant, ferner soll auf das alte Gebäude ein Stock aufgesetzt werden. Die Pläne sind bereits in Ausarbeitung. Die Kosten dieser Vergrösserung des Entbindungsheims werden vom Stadtbauamt auf 13,5 Millionen geschätzt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 24. Oktober 1924. Zweite Ausgabe.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Es leistet der an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Schmolzer einberufene Ersatzmann Josef Kiesl die Angelobung.

Ohne Wortmeldung wird der Rechnungsabschluss für das Jahr 1923 der städtischen Ankündigungsunternehmung genehmigt. Auch Subventionen für den Senefelderbund, für das öffentliche Kinderkrankeninstitut, für den Arbeiter-Abstinenzbund, für die Landeshauptstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus, für die Heimstätte für Kinder spitalsbedürftiger Eltern und für die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule werden ohne Debatts bewilligt. Für die Herbstausstellung der „Kunstgemeinschaft“ wird ein Ehrenpreis der Stadt Wien von zwei Millionen Kronen gewährt. Ohne Wortmeldung werden weiter genehmigt: Die Verwendung von Anlehensresten aus dem Jahren 1902, 1914 und 1920, ein Mehrererfordernis für die Wasserversorgung von 1470 Millionen Kronen, ein Betrag von 110 Millionen Kronen für Bauarbeiten in der Bezirksvertretung Mariahilf, ein Mehrererfordernis von 2.3 Milliarden Kronen für die Approvisionierungsanstalten, für die Instandhaltung der Beleuchtungs- und Wasserleitungsanlagen in den Schulgebäuden und Kindergärten ein Zuschusskredit von 680 Millionen Kronen, für die Neupflasterung der Absberggasse ein Betrag von 200 Millionen, für die Holzstöckelpflasterung der Seitenfahrbahn des Schottenringes zwischen Huss- und Schottengasse eine Summe von 266 Millionen, für die Neupflasterung der Wickhoffgasse, Possingergasse und Minclogasse in Fünfhaus ein Betrag von 840 Millionen, für die noch durchzuführenden Erhaltungsarbeiten an Steinpflasterstrassen ein Zuschusskredit von 2350 Millionen, ein Nachtragskredit für den Bau der Zufahrtsgeleise zur Wagenhalle im Strassenbahnhof Speising von 70 Millionen, ein Zuschusskredit von rund 266 Millionen Kronen für das vorausichtliche Mehrererfordernis des städtischen Wirtschaftsamt, der Neubau von Kanälen in der Zeiller-Fretschgo- und Beringgasse und auf dem Kongressplatz in Hernals und der Umbau des Kanales in der Seitenberggasse und auf dem Mildeplatz in Ottakring und der Kanäle in der Hafner- und Rote Sternengasse in der Leopoldstadt, die Bestimmungen für die Verbauung an der Simmeringer Hauptstrasse, der Ankauf von drei Strassenbahnkippen, Nachtragskredite von 16 Milliarden Kronen für neue Gasmesser und Mietgasanlagen, ein Zuschusskredit von 31.3 Millionen Kronen für den Wassermehrverbrauch in den Versorgungsanstalten und Zuwendungen an die Angestellten der städtischen Feuerwehr.

Stadtrat Breitner legt den Rechnungsabschluss für 1923 vor und leitet die Debatte mit folgender Rede ein:

„Es war bisher geradezu eine typische Erscheinung als das Ergebnis der Kriege eine Verarmung der öffentlichen Verwaltungen und gleichzeitig das Entstehen neuer großer Reichtümer bei einzelnen Privatpersonen zu verzeichnet gewesen ist. Dies hat sich teils durch alle Vorstellungen übersteigende Gewinne bei den Armeelieferungen, durch Anleihen die dem Staate zu den tiefsten Kursen des Krieges gegeben wurden, teils auch durch das Anschreiben bis dahin öffentlich verwalteter Betriebe vollzogen. So sind seinerzeit die österreichischen Bahnen dem Privatkapital überantwortet worden um nach Jahrzehnten mit Riesenopfern zurückgekauft zu werden. So sind um nicht weiter zurückzugreifen von den napoleonischen Kriegen angefangen jene Vermögensanhäufungen entstanden die sich heute als der alte legitime Reichtum präsentieren, der mit stolzer Berachtung auf die minder erfolgreichen Kriegsgewinner unserer Zeit herabblickt. Es ist also gar kein Zufall, sondern nur die altgewohnte

Denk- und Handlungsweise gewesen, daß bei Kriegsende, da die Gemeinde Wien sich in schwerster Finanznot befand auch in diesem Hause von der damals maßgebendsten Person der Vorschlag gemacht wurde Teile des städtischen Gaswerkes in die Hand einer Großbank zu geben. Ähnliche Bestrebungen waren bei uns und in Deutschland bezüglich der Eisenbahnen zu verzeichnen und es überall nur der Widerstand der Sozialdemokratie gewesen die dieser Enteignung der Allgemeinheit einen Riegel vorgeschoben hat. Nur aus solcher Denkweise ist es zu erklären, daß ein Rechnungsabschluss, wie derjenige der hier der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, nicht eigentlich, wie man es erwarten sollte, Freude auslöst, sondern daß er in der bürgerlichen Presse aller Schattierungen geradezu Erbitterung zur Folge gehabt hat und daß es innerhalb der Bewohner dieser Stadt Kreise gibt, die bürgerlichen, die es dieser Verwaltung geradezu als ein Verbrechen anrechnen, daß sie mit einem sehr erheblichen Ueberschuß vor den Gemeinderat tritt und daß sich die Opposition förmlich zu einem Gerichtstag rüstet. Während wir doch glaubten alle Ursache zu haben darüber erfreut zu sein, wenn dieser Krieg nicht mit der Verarmung dieser Stadt endet, daß nicht auf Kosten der Allgemeinheit neue gewaltige Reichtümer entstanden sind und daß wir allen Nöten zum Trotz den Besitz der Allgemeinheit erhalten, ja innerhalb gewisser Grenzen sogar vermehrt haben

Es ist ja nicht Eigentum der hier verwaltenden Personen, es gehört doch Allen die in dieser Stadt arbeiten und wohnen und kommt ihnen allen zugute und es ist ganz eigenartig, daß gerade jene bürgerlichen Kreise die es für sich selbst als erstrebenswertes Ziel, als Bekrönung ihrer ganzen Tätigkeit auffassen, daß sie den Besitz von Haus und Grund, Anteile an Groß-unternehmungen, Kapitalien die Zinsen tragen erwerben, daß sie ganz dasselbe nicht verstehen wollen, wenn es sich bei der Gemeinde vollzieht, daß es übel angelegt wird, wenn sie Grund und Haus erwirbt oder wenn sie Anteile an jenen Großunternehmungen für sich in Anspruch genommen hat, die sich in dieser Stadt befinden und wenn sie auch in der Form von Kassenbeständen über Kapitalien verfügt die Zinsen tragen, obwohl gerade sich diese folgerichtige Entwicklung die Verwaltung der Stadt den Bewohnern nicht nur als eine Steuermaschinerie sondern eben auch in einem stets stärkeren Maße als Vermögensverwaltung gegenübersteht. Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1923 schließt mit einem erheblichen Ueberschuß, der leider nicht so gewaltig ist, wie er von den Rednern der Minderheit dargestellt wurde, nicht mit 900 Milliarden Mehrertrag, sondern nur mit einem solchen von 626 Milliarden. Da muß zunächst Aufklärung gegeben werden über die zweifellos großen Unterschiede zwischen dem seinerzeitigen Voranschlag und dem Rechnungsabschluss. Um hier ein gerechtes Urteil fällen zu können ist es notwendig, sich die Umstände zu vergegenwärtigen unter denen das Budget für 1923 beschlossen worden ist. Es war dies die Zeit der heftigsten Erschütterungen unserer Währung der eben vollzogenen Stabilisierung und der sich dann geltendmachenden Anpassung der vielfach zurückgebliebenen Preise und Löhne. Ich erinnere daran, daß im Spätherbst 1922 ein bereits vollkommen ausgearbeitetes Budget zurückgezogen und ein ganz neues ausgearbeitet werden musste, weil innerhalb jener drei oder vier Wochen der Beratung im internen Kreise auch nicht eine einzige Ziffer in diesem Voranschlag richtig gewesen ist. Und nicht viel anders war es als der Gemeinderat denn im Dezember dieses neuerlich aufgestellte Budget verabschiedet hatte und so ist es auch das ganze Jahr 1923 hindurch gewesen, weil wir zwar eine Krone hatten die gegenüber dem Dollar stabilisiert war, nicht aber eine Krone mit stabilisierter Kaufkraft. So sind diese Erscheinungen zu erklären,

die ja nicht bloß bei uns sondern bei allen öffentlichen Verwaltungen, bei jedem einzelnen privaten Unternehmen, in jedem einzelnen privaten Haushalt eingetreten sind. Ich darf darauf verweisen, daß wir in unserem Voranschlag als eine der großen Einnahmepost nach offiziellen Angaben des Bundesministeriums für Finanzen unseren Anteil an den gemeinsamen Abgaben mit 352 Milliarden angesetzt haben.

In Wirklichkeit sind uns 572 Milliarden Milliarden zugeflossen. Sie sehen daraus, daß auch dem Herrn Finanzminister unmöglich war sich ein richtiges Bild über die Entwicklung der Dinge zu machen und daß auch unsere eigene Rechnung nicht stimmen konnte. Es ist durchaus erfreulich, daß an allen Stellen die Einschätzungen mit großer Vorsicht erfolgten und daß es heute keine unangenehmeren Überraschungen gibt als daß der Rechnungsabschluss günstiger ist als der Voranschlag war. Es muß aber dabei ausdrücklich hervorgehoben werden, daß aus Anlaß des Voranschlages 1923 keine neuen Steuern eingeführt oder wirkliche Steuererhöhungen durchgeführt worden sind. Der Gemeinderat hat lediglich im Dezember 1922 beschlossen die Automobil-, Pferde-, Hunde- und Konzessionsabgabe, die in Kronen festgesetzt waren und durch die Geldentwertung nicht einmal die Einkünfte lohnten dem neuen Stande der Währung anzupassen. Wie im Verlaufe des Jahres 1923 erfolgte Hinaufsetzung der Fürsorgeabgabe hatte ihre Begründung darin, daß der Gemeinde durch Auflastung eines Teiles der Arbeitslosen beiträge eine neue Aufgabe zugewachsen war. Es ist nicht richtig, daß wir etwa diese günstigere Gestaltung der Gemeindefinanzen als ein großes Geheimnis behandelt haben und daß dieser Rechnungsabschluss jetzt förmlich, wie es in den Blättern dargestellt wird, als eine Sensation wirkt. Es ist wichtig festzustellen, daß der Gemeinderat sich bereits am 1. Februar 1923 mit einem Wohnbauprogramm von 250 Milliarden Kronen zu beschäftigen hatte. Darauf folgte am 9. März das erste Notstandsprogramm mit einer Aufwandssumme von 93 Milliarden, am 18. Mai das zweite mit einem Betrage von 100 Milliarden am 5. Oktober das dritte mit einem Gesamterfordernis von 360 Milliarden Kronen. Sowie also irgendwelche Mittel infolge der erhöhten Einnahmen zur Verfügung standen, wurden auch sofort dem Gemeinderat Anträge unterbreitet, die auf eine produktive nutzbringende im Interesse der Bevölkerung gelegene Verwendung dieser Einnahmen abzielten, die als eine wirkliche Arbeitslosenfürsorge betrachtet werden konnte. Wäre es technisch möglich gewesen, was eben unmöglich war alle diese Arbeiten bis zum 31. Dezember 1923 zu vollenden, dann würde es diesen die Gemüter so erregenden Ueberschuß gar nicht gegeben haben. Die Arbeiten konnten aber nur begonnen werden, sollen im heurigen Jahre zum größten Teile fertig werden, einzelne, wie das Bad im X-Bezirk, dessen Platz wir nicht so rasch erlangen konnten, greifen sogar in das Verwaltungsjahr 1924 und so ist es gekommen, daß alle diese vom Gemeinderat bestimmten Gelder nicht voll verwendet werden konnten und in Form des Ueberschusses ausgewiesen wurden. Es muß aber festgestellt werden, daß diese angefangenen Arbeiten nicht unvollendet bleiben, daß dafür im Jahre 1924 die Ausgaben angesetzt worden sind und es muß insbesondere festgestellt werden, daß ja 545 Milliarden Kronen aus den Kassabeständen als Deckung des Defizits der Jahres 1924 herangezogen wurden. Es muß unsomehr darauf verwiesen werden, als man jetzt förmlich in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet als ob auf Grund dieses Ueberschusses sich jetzt noch einmal neue und doppelte Leistungen vollziehen können. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Dieser Ueberschuß hat bereits seine Verwendung gefunden und es ist nur ein Verkennen der Verhältnisse wenn auf ihn neue Begehrlichkeiten entstehen angefangen vom Herrn Bundesminister für Finanzen, der jetzt wieder eine neue Zeit für die Abgabenteilung gekommen hält, bis zu den Kategorien einzelner Steuerträger, die glauben, daß auf Grund dieses

einmal in Verwendung gezogenen Ueberschusses neue oder besondere Erleichterungen geboten werden können. Es ist an und für sich begreiflich, daß in einer Zeit der Wirtschaftskrise, des steigenden Brotpreises Klagen sich erheben und die Steuern der Gemeinde einer Ueberprüfung unterzogen werden. Wir haben es selbst getan und in der letzten Sitzung des Landtages haben wir den Beschuß gefaßt, die Wohnbausteuer gerade für die Geschäftswelt gegenüber den ursprünglichen Absichten wesentlich zu mildern. Und auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht der Antrag die Fürsorgeabgabe um drei Sechstel, Prossät zu vermindern, was für die Gemeinde den Entgang von ein paar Dutzenden Milliarden bedeutet. Dabei sind aber im großen und ganzen die Grenzlinien umsomehr gezogen, als ja ein Teil jener Steuerbegünstigungen, die von der Bundesregierung angekündigt worden sind, so die Ermäßigung der besonderen und der allgemeinen Erwerbsteuer ja auch Land und Gemeinde Wien treffen und sich in einem Entgange an Einnahmen nicht nur beim Staat sondern auch bei unseren Budget ausdrücken werden. Wenn die bürgerlichen Kreise zu einem förmlichen Kesselreiben gegen die Gemeinde ausbrechen so geschieht dies in erster Linie deswegen, weil der ganze Aufbau unserer Finanzwirtschaft die möglichst starke Heranziehung der Besitzenden, die möglichst starke Schonung der Besitzlosen zum Ziele hat. Es ist merkwürdig, daß man Töne herzzerreißenden Mitleids vernehmen kann, wenn von jener Wohnbausteuer die Rede ist, die wir selbst den ganz Kleinen Leuten auflasten, jenen Menschen die eine Wohnung von 300 Kronen Friedenszins haben, von denen wir 7500 Kronen monatlich als Wohnbausteuer verlangen. Im Nationalrate aber liegt ein Antrag der die Hinaufsetzung der Zinse auf das Sechstausenfache des Friedenszinses vorsieht und von demselben kleinen Mann mit dem Friedenszins von 300 Kronen monatlich das Zwanzigfache dieser Wohnbausteuer fordert. Nur ist da der eine Unterschied, daß diese Wohnbausteuer von 7500 Kronen monatlich für die Schaffung von neuen gesunden Wohnungen verwendet wird, Tausenden von Menschen die ersahnte Arbeit gibt, während die geplanten 150-000 Kronen im Monat nur in die Taschen der Hausbesitzer fließen sollen, von denen mehr als ein Drittel Ausländer sind und ein großer Teil von der toten Hand, von Aktiengesellschaften verkörpert werden. (Sehr richtig!) zugleich mit dem Rechnungsabschluss der Gemeinde werden die Rechnungsabschlüsse der Unternehmungen vorgelegt und auch da zeigt sich der große entscheidende Unterschied zwischen einst und jetzt. Soweit die städtischen Monopole Reingewinn zu verzeichnen haben verbleiben sie mit Ausnahme des Brauhauses und der Ankündigungsunternehmung bei den betreffenden Monopolen und dienen dazu im anschließenden Verwaltungsjahr notwendige Investitionen zu bestreiten oder Tarifierhöhungen zu vermeiden. Strassenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk, Lagerhaus und Leichenbestattung sind nicht mehr ein Instrument der indirekten Besteuerung, sondern werden ohne jede Gewinnabsicht geführt. Das Gleiche gilt von der Wasserversorgung. Will man zu einer richtigen wirklich objektiven Würdigung der Belastung unserer Wirtschaft durch die Gemeinde gelangen, dann ist es wirklich notwendig nicht nur die Steuern, sondern auch die Tarife in Betracht zu ziehen. In dieser Beziehung sind die Vergleiche mit anderen Städten Oesterreichs und mit dem Auslande leicht möglich und es kann gezeigt werden, daß die Produktion durch diese niedrigen Tarife durch in einem viel stärkeren Maße gefährdet als durch die Gemeindesteuern gehemmt werden. Redner behandelt sodann die einzelnen Kapitel der Gemeindeverwaltung und verweist auf das Äußere der Rechnungsabschlüsse für 1923, die gegenüber dem Vorjahre sehr ausführlich und übersichtlich gestaltet sind, auf die

Zahlreichen Bildtafeln und bezüglich der städtischen Unter-
 nehmen auf das den Berichten beigefügte Bildmaterial. Eine
 Reihe von Darstellungen einzelner Zweige der Gemeindevirtschaft,
 wie Humanitätsanstalten, Bäder, Gartenwesen, Warmwirtschaft,
 Feuerwehr, Haus und Grundbesitz seien in Ausarbeitung und werden
 nach ihrer Fertigstellung dem Gemeinderate unterbreitet werden.
 Es wurde der Rechnungsabschluss zeitgerecht im Sinne der Verfassung
 im Monat September vorgelegt und man darf bei diesem Anlasse fest-
 stellen, daß Wien als einzige große verwaltende Körperschaft in
 Oesterreich diese Bestimmung eingehalten hat. Und daß es dazu
 wirklich großer Anstrengungen seitens der damit betrauten Beamten
 bedurfte. Der Referent spricht aus diesem Anlaß der Beamtenschaft
 des Rechnungs- und Kontrollmzes und ihren Leitern Direktor
Knobloch Direktionsrat Hinterberger und Direktor Müllner den
 Dank des Gemeinderates aus. (Beifall!) Stadtrat Breitner schloß
 seine Ausführungen mit folgenden Worten: Das Verwaltungsjahr 1923
 über das wir Rechenschaft geben war ein Jahr intensivster Arbeit
 und wirklichen Aufbaus. Am allerwichtigsten haben wir es zu
 schauen, daß wir mit einem günstigen Abschluß der die Ansätze
 des Voranschlags übertrifft vor den Wiener Gemeinderat hintreten.
 Es hat der Herr Bundesminister für Finanzen kürzlich in einer
 Rede darauf hingewiesen, ob es wünschenswert sei, dauernd
 wirklich wertvermehrnde Schaffungen, so wie es einst im
 Frieden war, nicht durch Abgaben sondern durch Anleihen zu bedecken
 und auf diese Weise eine gewisse Entlastung unserer Wirtschaft
 herbeizuführen. Es hat allerdings derselbe Herr Finanzminister als
 die Gemeinde vor den Wahlen mit den Banken wegen Aufnahme einer
 Wohnbauanleihe von 200 Milliarden Kronen verhandelte seinen ganzen
 Verfluß aufgebietet um das Zustandekommen dieser Anleihe zu verhinder-
 dern und die Banken förmlich gezwungen nicht mehr als hundert
 Milliarden, was dies schon sein müßte, zu übernehmen. (Lebhafte
 hört hört Rufe bei der Mehrheit) Es ist erfreulich festzustellen,
 daß sich der Herr Bundesminister zu der ja von uns selbst vertre-
 tene Anschauungen bekehrt hat. Es bildet aber geradezu eine uner-
 läßliche Voraussetzung für die Erlangung jener großen Anleihen, wie
 sie dem umfangreichen Aufgabenkreis der Gemeinde entsprechen und
 zu jenen Bedingungen die keine zu große Belastung der Bevölkerung
 mit Zinsen beinhaltet, daß die Gemeinde Wien sich denjenigen die
 eine solche Anleihe zeichnen sollen als möglichst kreditfähig
 präsentiert. Ich bin vollkommen überzeugt, daß auch dieser Rech-
 nungsabschluss 1923 dazu ein geeignetes Mittel darstellt und ich
 glaube sicher, daß es unsere ganze Wirtschaft und ihre Beurteilung
 im Auslande von großem Vorteile gewesen ist, daß gerade in diesen
 Zeiten in denen sonst nur Meldungen über Wirtschaftskrise, über
 Zusammenbrüche von Banken hinausgingen, doch auch berichtet werden
 mußte, daß Wien, sowie seit dem 1. Juli 1921 und in allen
 Zeiten der stärksten Geldentwertung nun bei der stabilisierten
 Krone gleichfalls aktiv gewirtschaftet und trotz großer Inve-
 stitionen mit erheblichen Ueberschüssen abgeschlossen hat. Stellen
 Sie sich doch einmal vor es wäre das Umgekehrte der Fall gewesen
 und in die Confer-Tagung wäre die Nachricht hineingeplatzt, Wien
 habe eine Defizit von mehreren hundert Milliarden zu verzeichnen.
 (G.R.-Ritter: Breitner der Retter Oesterreich). Jeder der in
 wahrhaft demokratischer Auffassung des Gemeinwesen als ein Stück
 seines eigenen Ichs betrachtet, der sich dessen bewußt ist, daß die
 Gemeinde nichts anderes darstellt als die Zusammenfassung der
 Kräfte in diesem Wien, der kann nur darüber erfreut sein, daß auch
 dieser Rechnungsabschluss das Bild des Aufstieges, der Konsolidie-
 rung bietet. Die verwaltende Mehrheit glaubt ihre Pflicht ge-
 wissenhaft erfüllt zu haben und die Wählerschaft

hat ja durch ihr Votum der gleichen Meinung Ausdruck gegeben. So
 bitte ich den Gemeinderat in gleichen Maße durch Genehmigung
 der Rechnungsabgchlusses für das Gebarungsjahr 1923 der Verwal-
 tung das Absolutarium zu erteilen. (Stürmischer Beifall bei der
 Mehrheit!)

G.R. Zimmerl (Chr. Soz.) konstatiert mit Befriedigung, die
 Rechtzeitige Fertigstellung des Rechnungsabchlusses und schließt
 sich den Dankesworten des Referenten an die Beamten die daran mit-
 gewirkt haben an. Seinerzeit habe die Minorität ersucht, daß über
 das Vermögen der Gemeinde eine Inventur aufgenommen werde. Redner
 wiederholt diesen Wunsch und erwartet, daß für das Jahr 1924 die
 Inventur erfolgen und die Ansätze vielleicht schon in der neuen
 Goldwährung erstellt werden. Dann werden wir konstatieren können,
 welche Goldwerte die frühere Verwaltung der jetzigen Mehrheit
 übergeben hat und ob sie seither vermehrt worden sind.

Bei der Betrachtung des Rechnungsabchlusses erklärt Redner,
 fällt einem die Geschichte von dem Kaufmann ein, der auf den Rat
 eines Geschäftsfreundes für sein Geschäft eine Buchhaltung ein-
 richtete und einen Buchhalter engagierte und dann nach etlichen Mo-
 naten diesem Geschäftsfreund gestehen mußte, daß er infolge dieser
 Neueinführung erst seine Insolvenz erkannt habe. Stadtrat Breitner
 machte es umgekehrt. Dort wo nicht die Ergebnisse der Buchhaltung
 aufscheinen ist Breitner insolvent, da hat er ein großes Defizit.
 Man möchte mit ihm darüber bittere Tränen weinen, wenn er mit be-
 weglichen Worten in Klagen ausbricht. Interessant ist nur dabei,
 daß Breitner zur selben Zeit weiß, daß er über 600 bis 800 Milliarden
 Kassenbestände verfügt. Breitner sei zu bewundern wie er anlässlich
 der Budgetberatung grau an grau malen kann während er in Wirk-
 lichkeit den Gewinn gleichsam schon in der Tasche hat. In der Ein-
 leitung zum Rechnungsabluß heißt es, der Voranschlag könne nicht
 zu Schlüssen Finanz- und wirtschaftspolitischer Natur herangezogen
 werden. Gegen diese Bemerkung müsse sich die Minderheit verwahren.
 Welche Schlüsse zu ziehen sind müsse wohl den Betroffenen überlassen
 bleiben, es gehe nicht an, daß der Magistrat hier Vorschriften
 macht. Alle Ziffern die wir Ihnen seinerzeit vorgehalten haben, er-
 wiesen sich als richtig, obgleich wir sie nur schätzungsweise er-
 mitteln konnten. Beispielsweise ergibt sich jetzt, daß die Beitrags-
 leistung der Gemeinde Wien zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung
 9 Milliarden betragen hat, während durch die Erhöhung der Gemeinde-
 25 Milliarden zugeflossen sind. Also ein sehr einträgliches Geschäft
 für die Gemeinde. Daß das Objekt dieses Geschäftes die Arbeitslosen
 sind, macht die Sache noch ärger. Wären ein paar Subventionen weniger
 für die sozialdemokratischen Parteiorganisationen bewilligt worden,
 dann hätte man die 9 Milliarden unschwer heringebracht. Das Theater
 und Musikfest kostete allein 2.5 Milliarden Kronen

Redner bemerkt, daß die Einnahmen eine Steigerung um 111 Prozent
 aufweisen, die Ausgaben hingegen nur um 47 Prozent. Daraus müssen
 sich natürlich Ueberschüsse ergeben. Wer über die Machtmittel ver-
 fügt, solche Ueberschüsse zu erzielen, dem ist das allerdings ein
 Leichtes. Unverantwortlich ist es nur, bei solchen Ergebnissen noch
 ununterbrochen Steuern zu erhöhen. Redner zitiert einzelne Posten
 des Rechnungsabchlusses, vergleicht sie mit dem Korrespondierenden
 Ziffern des Voranschlags und sagt, daß die verschiedenen Inve-
 stitionen samt den tatsächlich ausgewiesenen Ueberschüssen die
 Summe von mehr als einer Billion ergeben, welche die Gemeinde
 Wien mehr eigenommen hat als zur eigentlichen Verwaltungstätigkeit
 notwendig sind. Die Ansammlung so riesiger Reserven habe die Wirt-
 schaftskrise, die Bundeskanzler Seipel ja vorhergesagt außerordent-
 lich ungünstig beeinflusst. Man erkenne jetzt deutlich, daß die ent-
 setzlichen Auswirkungen der Krise hauptsächlich auf die

4
finanzpolitischen Maßnahmen der Gemeinde zurückzuführen sind. Die Ziffern sprechen eine deutliche Sprache. Sie lehren uns, daß die Mehrheit trotz aller Investitionen doch noch Steuererleichterungen hätte schaffen können. Statt dessen und trotz Vorhandenseins gewaltiger Ueberschüsse wurde die Wohnsteuer erhöht. Für ein solches Vorgehen könne man keinen parlamentarischen Ausdruck finden. Das Kontrollamt hat eine Gegenüberstellung der Ueberschüsse aus den Jahren 1913 und 1923 gemacht und da ergibt sich, daß die Ueberschüsse im Jahre 1923 fünfzigmal größer sind als die im Jahre 1913. Am 31. Dezember 1923 sind bei der Postsparkasse und bei den Wiener Banken 885 Milliarden Einlagen gewesen, unter welchen Bedingungen, das ist das Geheimnis des Stadtrates Breitner. Redner kritisiert die bekannte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in der Klage der christlichsozialen Minorität und erklärt es als Unding, der Minorität das Recht der Buchsicht und das Recht auf Kontrolle der Kassenbestände abzusprechen. Augenscheinlich habe der Verwaltungsgerichtshof gefürchtet, daß von den 120 Gemeinderäten jeder Tag für Tag die Kontrolle ausüben werde. Eine solche Annahme ist geradezu läppisch und sie beweise nur wie wirtschaftsfremd die Herren vom Verwaltungsgerichtshof sind. Der Voranschlag müsse doch auch 14 Tage vorher aufliegen und jedem Einwohner Wiens stehe das Recht zu Einsicht zu nehmen. Nach der Anschauung des Verwaltungsgerichtshofes wäre also zu befürchten, daß die zwei Millionen Wiener im Rathaus erscheinen könnten um ihr Kontrollrecht auszuüben. Jedermann wisse doch, daß man solche Bestimmungen getroffen habe, weil die Kontrollmöglichkeit damit grundsätzlich festgelegt werde soll: Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ist absolut undemokratisch und stellt eine Art Klassenjustiz dar, weil sich der Verwaltungsgerichtshof ganz auf die Seite der Verwalter stellt.

Die Ertragsziffern der einzelnen Steuern und Abgaben wirken gegenüber dem Voranschlag geradezu provozierend. Es ist eine falsche Behauptung wenn sie sagen, daß die bürgerlichen Kreise es Ihnen als Verbrechen anrechnen, daß kein Defizit ausgewiesen wird. Aber eine fünfzigfache Ertragsziffer gegenüber den Friedenszeiten hält die Wirtschaft einfach nicht aus. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Sozialdemokraten die Anhäufung von Kapitalien und Reichtümern verhindert hätten. Gerade das Gegenteil ist der Fall, denn noch nie hat man soviel Reichtümer gesehen als in der Zeit der sozialdemokratischen Wirtschaft, in der der Mittelstand vollständig ruiniert wurde, Gewerbe und Industrie sich in einer schweren Krise befinden. Wenn Sie den Ertrag aus der Fürsorgeabgabe mit 177 Milliarden präliminierten, hingegen mehr als das Doppelte erzielten und wir heute schon sagen können, daß es im nächsten Jahr wahrscheinlich 600 Milliarden betragen wird, so muß man wohl sagen, daß die Wirtschaft nicht erträgt. Redner bemerkt, daß die Hotelindustrie sich in schweren Nöten befinde, infolge der drückenden Steuerlasten, desgleichen die Theater- und Konzertlokale und daß die Gefahr drohe, Wien die Stadt der Lieder werde zu einem Sowjetdorf herabsinken, wenn die Wirtschaft so weitergeht. Zur Zeit der Wiener Messe konnte man einen starken Fremdenzustrom nach Wien beobachten, der viel größer war als bei der Leipziger-Messe. Aber schon am ersten Tage mußten die Fremden unangenehme Wahrnehmungen machen. Zunächst wurde in einem der Mehrheit nahestehenden Abendblatt von einem bevorstehenden Generalstreik gesprochen. (G.R. Bermann: Das haben tschechische Blätter angezettelt). Als die Fremden ein paar Würstel mit Krenn essen

wollten, da mußten sie erfahren, daß das in Wien ein Luxus ist. (Rufe bei der Mehrheit: Das gibt es im Ausland auch!). Stadtrat Breitner hat es zustande gebracht, daß eine an sich vernünftige Abgabe durch falsche Auslegung des Gesetzes, durch willkürliche Erweiterung der Bestimmungen infolge der Durchführungsverordnung und durch übereifrige Beamte zu einem Schrecken der Geschäftswelt geworden ist. Was Sie getan haben ist nicht eine Besteuerung des Luxus sondern eine ausgedehnte Warenumsatzsteuer.

Nun zu den Unternehmungen. Ich habe beim Voranschlag beantragt, daß sich die städtischen Unternehmungen für Investitionen Kredite beschaffen sollen. Dieser Antrag wurde seinerzeit Ende Dezember 1923 abgelehnt. Im Rechnungsabschluss für 1923 ist aber zu lesen, daß die Bestreitung von Investitionen durch die Inanspruchnahme von Bankkrediten ermöglicht worden ist. Gegen einen solchen Vorgang muß die Minderheit protestieren, weil hier anscheinend nachträgliche Umbuchungen vorgenommen wurden, die absolut unrichtig sind. Wir lehnen also den Rechnungsabschluss ab, weil wir dieser ruinösen Finanzgebarung absolut nicht unsere Zustimmung geben können.

G.R. Stöger (chr. soz.) wendet sich gegen ein Flugblatt des Verbandes des städtischen Angestellten anlässlich der letzten Gehaltserhöhung und sagt: Eine so schamlose Knechtung der Beamten, ein solcher Exzess des Terrors steht in der Geschichte der Beamtenschaft einzig da. Für den Beamten und Lehrer ist nicht entnervender als unregelmäßige Tätigkeit. Sie haben wohl verordnet, daß in den Klassen nur zwanzig bis dreißig Schüler sein dürfen. Die Lehrpersonen und die Klassen sind auch vorhanden, warum wird diese Zahl nicht eingehalten? Da liegt die Vermutung nahe, daß die Lehrer, die sich noch immer nicht beugen wollen, ausschließen von einer geregelten Arbeit um sich ihrer entledigen zu können. Wir werden ja bald den Hauptvoranschlag für das Jahr 1925 beraten. Sollte sich bis dahin zeigen, daß Ihre parteimässige Personalpolitik weiter besteht, dann werde ich nicht ermangeln von dieser Stelle aus mit reichem Material nachzuweisen, wie es um die unparteiische Verwaltung bestellt ist. (Beifall bei der Minderheit)

St. R. Rummelhardt (chr. soz.): Es ist unrichtig wenn behauptet worden ist, daß es nur die bürgerlichen Kreise sind, die es nicht verstehen, daß die Steuerpolitik des Rathauses richtig ist. Es würde den bürgerlichen Kreisen gar nicht einfallen, Ihnen die Ueberschüsse zu verübeln, wenn diese Ueberschüsse durch die Unternehmungen der Gemeinde und wenn Ueberschüsse durch vernünftige Steuern erzielt werden. Die bürgerlichen Kreise verübeln Ihnen die Uebersteuerung, die die Produktion und das Wirtschaftsleben auf das schwerste schädigt. Wenn Sie glauben, daß Ihnen das nur die Bürgerlichen verübeln, dann irren Sie sehr. Gerade in der Arbeiterschaft werden diese Folgeerscheinungen Ihrer Steuerpolitik sehr verübelt. In der Gewerkschaft der Buchdrucker herrscht eine derartige Erregung, daß die Gewerkschaftsführer zu Stadtrat Breitner gingen und ihn auf die Folgen der Uebersteuerung aufmerksam machten. Nicht unbekannt wird sein, daß die grossen Hotels und Schankgewerbestätten durch Ihre Steuerpolitik zugrundegehen und das verübeln Ihnen in erster Linie die Angestellten dieser Betriebe. Das sind aber keine bürgerlichen Kreise. In Wien sind rund viertausend arbeitslose Kellner, Marköre und Küchenbedienstete. Ferner sind 1500 Musiker brotlos geworden. Dafür haben diese Leute sich bei Ihnen zu bedanken. Die Lustbarkeitsabgabe ist heute die Ursache der hohen Eintrittspreise in den Theatern, die es dem Arbeiter und Mittelständler unmöglich machen, diese Kunststätten zu besuchen. Unter den Bühnenarbeitern herrscht bereits eine solche Erregung und es sprechen ja öfter Deputationen bei Stadtrat Breitner vor. Auch das sind keine bürgerlichen Kreise. Es sind Deputationen aus dem Kreise der Proletarier, der Arbeiter. Diese Lustbarkeits-

steuer ist mit der Fürsorgeabgabe geeignet, das Theaterleben vollständig zugerundezurichten. Die Verantwortung wird Stadtrat Breitner zu tragen haben. Wenn Sie sagen, dass gegenüber dem Jahre 1922 um viertausend Einzelveranstaltungen mehr stattgefunden haben, so muss man darauf verweisen, dass Sie jede Veranstaltung im kleinsten Extrazimmer, wo nur ein Klavier gespielt wird, besteuern. Für die Einreihung eines Lokales in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe genügt schon, wenn ein weisses Tisch-tuch im Lokal vorhanden ist. Da werden wir bald zu dem Zustand kommen, dass man bei rohgezimmerten Tischen und mit Bleilöffeln essen wird müs-sen. Es wurde mir mitgeteilt, dass ein Lokal, das 47 Personen beschäftigt 32 Millionen monatlich an Löhnen auszahlt, aber 46 Millionen Nahrungs- und Genussmittelabgabe und 6 Millionen Kronen Fürsorgeabgabe zahlen muss. Wir sehen, dass bereits das Apollotheater, Ronacher, Femina, Parisien und Taverna gesperrt und vor der Sperre steht Tabarin. Sie haben von 3400 Lokalen nicht weniger als 700 mit der Nahrungs- und Genussmittelabgabe be-legt. Es ist ganz unmöglich, dass Sie diese Steuersätze aufrechterhalten können. Der Frohsinn lässt sich nicht verbannen, aber Sie wollen diese Stadt zu einem Dorf umwandeln. Gewiss, wir haben zu viele Vergnü-gungsstätten, aber die werden sich von selbst abbauen. Wir sind auch für eine Kontrolle dieser Betriebe. Aber Ihre Kontrolle besteht darin, dass Sie einen Kontrollar mit 14 Angestellten in das Lokal schicken, zu einer Zeit, in der der grösste Betrieb ist, wobei die Angestellten sich wie Ver-traute im Geschäft verteilen. Da fragt sich doch jeder, was der Inhaber oder die Kellner gestohlen haben, dass gleich 15 Leute kontrollieren kom-men. Sie haben die städtischen Angestellten schon so gedrillt, dass sie sich zum so was hergeben. Wir haben erst gestern erfahren, dass heuer be-reits 1800 Autos abgemeldet worden sind. Auch das ist eine Folge Ihrer hohen Steuer. Hüten Sie sich diese Uebersteuerung weiter zu treiben. Es werden nicht die bürgerlichen, sondern die proletarischen Kreise Sie zur Raison bringen. Sie haben auch die Verpflichtung für die Ruhe und Ordnung in dieser Stadt zu sorgen. Schauen Sie dazu, dass Sie durch Ihre Massnahmen nicht Ereignisse heraufbeschwören, die die Ruhe dieser Stadt stören könn-ten. (Beifall bei der Minderheit)

GR. Eisinger (Soz.) ruft: das sind bezahlt Subjekte!

Auf diesen Zwischenruf entsteht auf den Bänken der Minderheit grosser Lärm.

GR. Haider (chr. soz.): Das lassen wir uns nicht gefallen!

GR. Panosch (Chr. soz.): Eine solche Gemeinheit!

GR. Rotter (Das ist eine Frechheit)

GR. Haider schlägt fortwährend mit der Faust auf das Pult und schreit: Das lassen wir uns nicht gefallen! Weiters Zwischenrufe von bei-den Seiten des Hauses gehen in dem ungeheuren Lärm unter. Vergeblich ver-sucht der Vorsitzende Vizebürgermeister Hoss sich Gehör zu schaffen. End-lich gelingt es den Bemühungen auf beiden Seiten die Ruhe halbwegs wieder-herzustellen, so dass sich Vizebürgermeister Hoss verständlich machen kann.

Vizebürgermeister Hoss: Herr Gemeinderat Eisinger! Ich erlaube mir an Sie die Anfrage zu richten, ob Sie den mir gemeldeten Ausdruck gebracht haben?

GR. Eisinger: Gemeinderat Rummelhardt hat sich der Arbeiter annehmen wollen und ich habe gesagt, dass es in Ihrer Partei keine Arbeiter gibt, höchstens ein paar bezahlte Subjekte.

Auf diese Erklärung hin, entsteht abermals grosse Lärm.

GR. Freyer (chr. soz.) schlägt mit der Faust auf das Pult und schreit: Wir verlangen Genugtuung! Da gibt es kein Verhandeln früher! Die Christlich-sozialen ersuchen den Gemeinderat Eisinger, er möge den Ausdruck zurück-nehmen.

Vizebürgermeister Hoss: Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Gemeinderates Eisinger erteile ich ihm den Ordnungsruf!

Die Christlichsozialen rufen aber: Das Genügt nicht! er muss diese Beleidigung zurücknehmen!

Vizebürgermeister Hoss: Wünscht Herr Gemeinderat Eisinger das Wort?

GR. Eisinger: Nein, ich verzichte!

Diese Erklärung entfesselt neuerdings einen ungeheuren Lärm bei den Mitgliedern der Minderheit. Es wird ununterbrochen gerufen: Da gibt kein Verhandeln!

In dem Lärm unterbricht Vizebürgermeister Hoss die Sitzung.

Bürgermeister Seitz übernimmt nach Wiederaufnahme der Sitzung den Vorsitz und erklärt. Es wird mir von einer Seite mitgeteilt, dass Gemeinderat Eisinger eine parlamentarisch abso-lut unzulässige Aeusserung gemacht hat, die übrigens durch den gestützt stellvertretenden Vorsitzenden mit einem Ordnungsruf worden ist. Von der anderen Seite wird mir mitgeteilt, dass die Gemeinderäte Merbaul und Orel Aeusserungen gemacht haben, die, wenn sie wirklich gefallen sein sollten, ebenso parlamentarisch unzulässig sind. Ich behalte mir vor, auch gegen sie mit einer geschäftsordnungsmässigen Massregel vorzugehen, wenn ich festge-stellt haben werde, dass diese Aeusserungen wirklich gefallen sind. Ich habe mit den Obmännern des christlich-sozialen und des sozial demokratischen Klubs conferiert und wir sind einvernehmlich zu dem Entschluss gekommen, dass die beiden Herren Obmänner sofort die Vorfälle, die sich hier ereignet haben, besprechen und darüber be-raten werden, in welcher Form die Unstimmigkeiten ausgeglichen wer-den sollen. Ich bitte daher nunmehr, in aller Ruhe die Debatte fort-zusetzen.

G. R. Rotter (Ch. soz.) bespricht insbesondere die Fremdenzimmerabgabe, die dazu geführt habe ein blühendes Wiener Gewerbe zugrunde zu rich-ten. Die Hotelindustrie gehöre keineswegs zu den Luxusindustrien. Die Fremdenzimmerabgabe wie sie in Wien bestehe sei ein Unikum. Nirgend in der Welt werde nicht nur der Zimmerpreis sondern alle Leistungen die mit ihm im Zusammenhang stehen mit einer Abgabe belegt. Der Finanzreferent habe allerdings die Abgabe während der Sommermonate auf 20 Prozent herabgesetzt, während sie im Winter 30 bis 40 Prozent betrage. Infolgedessen könne der Hotelier keine Nachanschaffungen machen. Uebrigens habe der Hotelier nicht nur die Fremdenzimmerabgabe sondern die Wohn-bausteuer und alle anderen ungeheueren Steuern der Gemeinde und des Bundes zu tragen. So könne man sagen, dass der Hotelier manch-mal bis zu 6 Prozent seiner Einnahmen abzugeben haben. Dadurch würden auch die Angestellten geschädigt und weiterhin auch eine Reihe von Unternehmern und deren Angestellte. Redner wünscht, dass der Finanzreferent die Fremdenzimmerabgabe zuerst möglichst bald ermässige und sodann vollkommen aufhebe. (Beifall bei den Parteigenossen).

G. R. Freyer (Chr. Soz.) sagt, dass die Steuern des Finanzreferen-ten die als eine Besteuerung der Reichen hingestellt werde, nichts sei als eine indirekte Besteuerung jedes einzelnen wer immer es sei, die natürlich auch die Arbeiter und Angestellten treffe. Es gäbe Lokale die nur zu einem Teile der Lustbarkeit dienen, in einem anderen Teile aber Schwemme oder Gastzimmer habe. Nun würden diese Betriebe in ihrer Gänze mit der Nahrungs- und Genuss-mittelabgabe oder der Lustbarkeitssteuer belegt.

6

Besonders hart seien von dem Darniederliegen des Restaura-
tionsgewerbes für Angestellten des Fuhrwerksgewerbes betroffen.

G.R. Rudolf Müller: Das sind die Erfolge der Seipel-Sahierung!

G.R. Freyer schließt mit der Erklärung daß die Finanzpolitik
antisozial
und antivolkswirtschaftlich sei

G.R. Kunschak (Chr. Soz.) sagt, daß der Rechnungsabschluss die
Sandsäcke die eigentliche Gebarung der Gemeindeverwaltung zu
zu verschleiern. Die Angabe von einem Ueberschuß von 636 Milliarden
sei nicht richtig, er sei wesentlich größer. So habe die Gemeinde
im Jahre 1923 aus der Wasserkraftabgabe 21 Milliarden Erlöse erzielt,
die in dem Rechnungsabschluss als Durchgangspost gebucht seien, in
Wahrheit aber eine Vermögensanlage der Gemeinde seien. Diese 21
Milliarden müsse man zum Ueberschuß dazurechnen. Im Rechnungsab-
schluß finde man dann noch eine andere Post: Grunderwerbungen
durch die Gemeinde. Redner wolle jede Kritik, ob Grunderwerbungen
notwendig oder nicht, zweckmäßig oder nicht unterlassen, insbeson-
dere da der Finanzreferent mit der Erwerbung von Grundflächen
eigentlich nur einer Richtung weitergehe die schon die frühere
Verwaltung betreten habe. Zu kritisieren sei aber, daß die Gemeinde
für Grundankauf 35'6 Milliarden verausgabt und diesen Betrag als
eine einfache Ausgabe in den Rechnungsabschluss eingesetzt
habe. Es sei aber in Wahrheit eine Kapitalanlage, vielleicht keine
produktive Kapitalanlage aber jedenfalls eine Vermögensvermehrung
der Gemeinde Wien. Auch dieser Betrag müsse zum Ueberschusse zuge-
rechnet werden.

Auf die Anschaffung von Wertpapieren und Aktien wurden im Jahre
1923 insgesamt 50 Milliarden aufgewendet. Es wäre interessant zu
erfahren wie dieser Vermögensbestandteil heute aussieht. Sicher-
lich sind im Zeitpunkt der Erwerbung buchnächtig gewaltige Verluste
erzielt worden, denn alle diese Aktien stehen weitaus nicht mehr
im Kurs zur Zeit der Erwerbung. Wir haben auch hier wieder eine
Verschleierung des wirklichen Ueberschusses der Gemeinde in den
man eine reine Kapitalanlage als eine Ausgabe der Gemeinde im
Rechnungsabschluss aufscheinen läßt. Nach diesen drei Posten haben
wir also nicht mehr 636 Milliarden Ueberschuß, sondern 700 Milliar-
den in der Gebarung der Hoheitsverwaltung. Die Wohnhausbauten
stellen gleichfalls eine Vermögensanlage dar und wenn man diese
Post hinzurechnet kommt man auf einen Gebarungsüberschuß von
über 800 Milliarden, also rund 160 Milliarden mehr als der
Rechnungsabschluss ausmacht. Bei Vornahme einer Aufteilung dieser
Summe auf die Bevölkerung entfällt auf jeden Einwohner ein Betrag
von rund 380.000 Kronen pro Jahr nur aus dem Titel der erzielten
Ueberschüsse. Man kann unschwer ausrechnen, was das bei einer
vierköpfigen Familie ausmacht. Eine Belastung lediglich für die
Gewinne der Gemeinde neben der weitaus größeren Belastung für
die realen Ausgaben.

Redner bespricht dann ausführlich die im Rechnungsab-
schluß ausgewiesenen Reingewinne der städtischen Unternehmungen.
zählt die einzelnen Posten auf und bezeichnet die Angabe das
unter der früheren Verwaltung viel mehr Geld aus den Unternehmun-
gen herausgeholt wurde, als unrichtig. Die Christlichsozialen
machen kein Hehl daraus, daß die städtischen Unternehmungen die
Aufgabe haben die Gemeindefinanzen zu stützen. Das war ja der

tiefere Grund weshalb sie die Unternehmungen aus dem Privatbe-
trieb herausgenommen haben, denn die Gewinne die damals
Reitzeit einsteckte kamen nun dem Ausbau der Betriebe bei den
Strassenbahnen beispielsweise, der Verbesserung des Verkehrs,
der Umwandlung in elektrischen Betrieb, Anschaffung neuer
Waggons, der Verbilligung des Tarifes zustatten. Der Gemeinde
wurden neue Einnahmequellen erschlossen, die Bevölkerung hat
keine Belastung erfahren, der Unterschied war nur der, daß die
Gewinne des Reitzeit nun der Allgemeinheit zugeflossen sind. Das-
selbe war beim Gas- und Elektrizitätswerk und den anderen Unter-
nehmungen der Fall. Heute liegen die Dinge anders. Es ist unwahr,
daß die Gemeindeverwaltung keinen Heller aus den Unternehmungen
herausholt, wahr hingegen, daß man die Fruchtfizierung der
Unternehmungen zugunsten der Gemeindekasse sehr schlau zu ver-
bergen versteht. Früher waren sie von Umlagen vollständig befreit,
jetzt sind sie aber mit der Fürsorgeabgabe belastet, die der
Gemeinde jährlich viele Milliarden einträgt. Früher wurden
Investitionen auf Investitionsanleihen gebucht, jetzt werden sie
aus den laufenden Einnahmen eines Jahres bestritten. Dabei
dort, wo die Verwaltung eine bessere Bilanz braucht, geringere
Rücklagen gemacht und wo sie eine schlechtere Bilanz braucht,
größere Rücklagen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Be-
triebes der Verkehr auf den Strassenbahnen ist heute einer
Großstadt unwürdig, die Ueberfüllung selbst vom Standpunkte
der Betriebsführung eine unverantwortliche. Es wird ein
förmlicher Raubbau getrieben. Aus all' den angegebenen Gründen
sei die Minderheit auserstande ihre Zustimmung zu geben.

7

G.R.Dr. Motzko (Chr. Soz.) erklärt es sei unrichtig der Fürsorgeabgabe den Charakter einer Zwecksteuer abzusprechen. Rednerin vergleicht die Giffern der Fürsorge des abgelaufenen Verwaltungsjahres 1923 mit den Summen die vor zehn Jahren für die gleichen Zwecke verausgabt wurden und die vergrößert weit und höher sind. Ferner bedauert Rednerin, dass die tatsächlichen Ausgaben für Fürsorgezwecke hinter dem Präliminare zurückbleiben. Besonders in den Versorgungshäusern und Waisenhäusern werden Ersparnisse gemacht, die durchaus ungerechtfertigt seien. In manchen Anstalten seien zum Beispiel die

verausgabten Summen für Lebensmittel in keinem Verhältnis zu denen für die Personallisten. Daran sei das Verhalten der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung gegenüber den geistlichen Ordensschwestern schuld, die ein Opfer des Kulturkampfes der Sozialdemokraten seien. Rednerin beklagt nun weiter die Art der Zubereitung der Speisen im Versorgungshaus Lainz. und bringt mehrere Beschwerden über die Behandlung und Aufnahme der Pflöglinge vor. So sei ihnen verboten worden eigene Lampen, Kerzen und Spiritusbränner zu haben und es gebe förmliche Kommissionen die Untersuchungen anstellen, ob in den Zimmern derartiges vorhanden sei. (Hört, hört bei den Parteigenossen).

Stadtrat Breitner: Soll man warten bis ein Brand entsteht?

G.R.Dr. Motzko: sagt weiter es seien auch Fälle von liebloser Behandlung der Pflöglinge durch Pflegepersonen vorgekommen. Die Quarantäne der die neueintretenden Pflöglinge unterworfen werden, sei manchmal unnötigerweise streng. Rednerin beschwert sich auch über die Kost bei der Schülernausspeisung und legt eine Probe der gestern verteilten Fleischspise vor, wobei sich zwischen den Gemeinderäten Hedorfer und Untermüller ein heftiger Wortwechsel entspinnt. Rednerin schließt mit der Erklärung, dass die Gemeindeverwaltung Unrecht habe die freiwillige Fürsorge einfach abzubauen und dass die Minderheit schon im Hinblick auf die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde dem Rechnungsabschluss ihre Zustimmung verweigere. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

G.R.Binder (chr. spz.) bemängelt, dass in den Versorgungsanstalten grosse Beträge an Beleuchtungskosten erspart worden sind. Auch die Elternbeiträge seien viel zu hoch. Die Eintreibung der Verpflegskosten geschehe in der unerbittlichsten Weise. Selbst wenn der Exekutionsbeamte erklärt, dass wegen der Mittellosigkeit der Partei nichts zu bekommen sei, wird noch ein Bezirksrat beauftragt, aus den Leuten etwas herauszupressen. Das Geschäft, das die Gemeinde mit den Grabsteinen eröffnet hat, vernichte viele Gewerbetreibende. Im Jahre 1923 hat die Gemeinde nicht weniger als 417 Grabsteine erzeugt. Die Minderheit habe zu der Verwaltung kein Vertrauen und werde daher auch gegen diese Verwaltungsgruppe stimmen.

Bürgermeister Seltz teilt nun mit, dass die Post 17, zu der Frau Gemeinderätin Motzko gemeldet war, angenommen gelte, da diese Wortmeldung zurückgezogen wurde.

Der Bürgermeister kommt nun auf den Zwischenfall nach der Rede des Gemeinderates Rummelhardt zu sprechen und sagt:

Ferner teile ich mit, dass die von mir angeregte Besprechung über die bedauerlichen Vorkommnisse der heutigen Sitzung stattgefunden hat. Es wurde einwandfrei festgestellt, dass die Gemeinderäte Merbaul und Orel sich in Ausdrücken ergangen haben, die parlamentarisch unzulässig sind. Ich rufe daher die beiden Mitglieder des Gemeinderates

zur Ordnung. Im übrigen kann ich nur sagen, dass ich sowohl die an dem Herrn Gemeinderat Eisinger schon vom damaligen Vorsitzenden gerügten Äusserungen, wie auch die jetzt erwähnten der genannten Gemeinderäte auf das allertiefste bedaure. Wir leben in einer schweren Zeit, die uns umso mehr die rein sachliche Erörterung aller Angelegenheiten zur Pflicht macht. Ich richte daher noch einmal an alle Mitglieder des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei das dringende Ersuchen künftig solche Vorkommnisse möglichst zu vermeiden.

G.R. Prof. Dr. Tandler entgegnet auf die von G.R. Dr. Motzko vorgebrachten Beschwerden und bedauert es, dass viele kleine Lapalien tendenziös aufgebauscht werden. Man dürfe nicht bei jeder Dummheit sagen, dass seien Verwaltungsfehler. Die Opposition möge sich davon überzeugen, dass ich mich ernstlich bemühe jeder Beschwerde nachzugehen und Missetände, die ja wirklich vorkommen können, zu beheben. Wir haben uns bemüht bessere Ausspeisemöglichkeiten zu schaffen, das ist doch nichts anderes als unser Ausdruck der Menschlichkeit und Fürsorge. Ich sehe ein, dass die Opposition kritisieren muß, was ich aber nicht begreifen kann ist diese Art der Kritik. Frau G.R. Dr. Motzko hat doch immer ein wachsames Auge für meine „Verbrechen“, möge sie auch einmal ein wachsames Auge für meine Tugenden haben. (Heiterkeit). Was ihre Beschwerden bezüglich der Abweisung Aufnahme heischender alter Leute anbelangt, so ist darauf zu verweisen, dass in Lainz täglich 30 bis 40 Menschen aufgenommen werden. An der Spitze der betreffenden Abteilung steht ein Arzt, der jene Humanität besitzt die alle Aerzte haben. Man könne ihm doch nicht bösen Willen zumuten. Wie gut muß dieser Arzt arbeiten, wenn unter solchen Umständen nur hier und da ein Fehler geschieht. Wenn es einmal passiert, dass ein Mensch der wirklich kränzlich ist ins Werkhaus gewiesen wird, weil für ihn eben kein Heim geschaffen werden kann, und wenn er dann, wie G.R. Motzko sagte, stirbt, so ist das gewiss ein sehr bedauerlicher Fall, er beweist aber nichts gegen die Institution selbst.

Es wurde auch über die Verminderung der Ehepaare im Lainzer Versorgungshaus gesprochen. Die zehn oder fünfzehn Ehepaarstücken die früher dort bestanden bestehen heute noch und die Zahl der Ehepaare ist sogar noch größer geworden, weil die Zahl der armen Menschen immer größer wird. Bezüglich der Klagen über Selbstmorde im Lainzer Versorgungshaus ist nur zu sagen, dass ihre Ziffer weitaus geringer ist als die der Selbstmorde in der gleichen Altersklasse außerhalb des Versorgungshauses. Von zwei Selbstmorden die erwähnt wurden wurde der eine wegen einer unheilbaren Krankheit des Pflöglinge und der zweite deshalb verübt weil Pflöglingkollegen einer Frau ganz mit Unrecht mitteilten, dass sie von Lainz wegkommen solle. Ihr Name stand gar nicht auf einer Transportliste und übrigens ist es in diesem zweiten Falle nur bei dem Versuch geblieben. Bezüglich der Diel'schen Fortbildungsschule wurde gerügt, dass jetzt dort ein Schulgeld eingeführt wurde, während sie früher unentgeltlich war. Richtig ist, dass fünf Mädchen die anscheinend als wohlhabenden Familien stammen nahegelegt wurde ein Schulgeld zu zahlen. Alle übrigen Schülerinnen sind davon befreit. Und nun die Uebelstände der Schülernausspeisung! Frau Dr. Motzko hat gesagt, dass die Kinder zum Essen gezwungen

werden. Das ist nicht richtig. Den Kindern wird jetzt so wie damals als die Ausspeisung noch amerikanisch war - als amerikanische Ausspeisung wurde sie bewundert, als Wienerische wird sie getadelt - nicht gestattet Essen aus der Küche wegzunehmen und nachhause zu tragen. Das geschieht aus demselben pädagogischen und prophylaktischen Grunde wie beiherzeit bei den Amerikanern. Was das corpus delicti betrifft, die Fleischspeise die hier vorgelegt wurde so ist das, wenn es wirklich nur eine Portion ist, eine sehr große Portion. Es wäre interessant zu wissen auf welche Weise sich die Frau Dr. Motzko diese Portion verschafft hat. Als Aerzte sind wir gewohnt alle Entnahmen

gerichtsordnungsmäßig zu machen. Ich muß bitten mir den gerichtsmäßigen Nachweis zu bringen, daß diese Fleischspeise wirklich aus einer Schülerspeisung stammt. (Lebhafter Beifall) Ich könnte mir vorstellen, daß Frau Dr. Motzko in der Unkenntnis der Art unserer Ausspeisung irgendjemand aufgesessen ist der ihr hauptsächlich Flachsen gegeben hat. Im Uebrigen führt nicht die Gemeinde selbst sondern die Wk die Ausspeisung durch und Professor Durig ein Spezialist auf dem Gebiete der Ernährungsphysiologie fährt allwöchentlich oder allmonatlich von Küche zu Küche um die Ausspeisung zu kontrollieren - Mejr kann man unmöglich tun. Aber wenn man eine Fleischspeise 24 Stunden hindurch in einem Zeitungspapier herumträgt, so ist ihre Bezeichnung als Hundefutter ebenso naheliegend wie bequem.

(Sehr richtig!) Alles hängt von dem System der Aufmachung ab. Ich bin für jede Kritik zu haben, aber ich muß bitten daß die Aufmachung der Form der Kritik eine andere sei, sonst entbehrt die Kritik jeder Zuverlässigkeit die notwendig ist, wenn sie einen Wert haben soll, (Sehr richtig!) Es wurde hier auch davon gesprochen, daß sich die Gemeinde Neuschöpfungen rühme, die ihr eigentlich nicht zukommen. Das tut sie nicht, weil das widersinnig wäre. Wir sind auch um Neuschöpfungen nicht verlegen ^{denn} ~~MM~~ leider Gottes stehen die Sachen in Wien so, daß für Neuschöpfungen sehr viel Platz ist. (Lebhafter Beifall!) Also nochmal, ich danke für die Kritik sie ist uns von Nöten aber sie kann in der Form wie sie hier vielfach vorgebracht wird, nicht entscheidend sein. Wir werden selbstverständlich unbeeinträchtigt durch diese Kritik das tun was wir für recht und billig halten. (Stürmischer Beifall)-

Bürgermeister Seitz bricht die Verhandlung ab und erteilt G.R. Doppler das Wort zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrages, darauf eine Verbilligung des Brotes abzielt.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

G.R. Doppler führt nun aus, an der Vertenerung des Brotes trage in erster Linie die Fürsorgeabgabe die Schuld, wenn man also eine Verbilligung erreichen wolle, so müsse man diese überflüssige Belastung bei der Broterzeugung ausschalten.

G.R. Zimmerl (Chr. Soz.) stellt den Zusatzantrag auch die Befreiung von der Fürsorgeabgabe bei jenen Betrieben, die Brot- und Gebäck erzeugen zu bewirken.

Dr. Danneberg (Soz. Dem.): Es ist wieder höchst sonderbar, daß die Opposition immer dort Vorschläge macht, wo sie nicht selber unmittelbar eingreifen kann. Die Regierung und das Parlament hätten hier viel dringlicher zu handeln als der Gemeinderat. Es gibt in Oesterreich eine sogenannte Warenumsatzsteuer, die dreimal soviel ausmacht als die oft zitierten 21 neuen Steuern der Gemeinde Wien. Die Regierung hat auch eine achtprozentige Wuchersteuer auf das Mehl gelegt, dazu kommt, daß in einer unerhört absolutistischen Weise hier gehandelt wird. Diese Steuer abzuschaffen wäre viel wichtiger, weil sie allein 260 Kronen für einen Laib Brot ausmacht, während die Fürsorgeabgabe nur 70 Kronen pro Laib beträgt. Außerdem ist dieser Umsatzsteuer auf Mehl noch ein hoher Mehlsoll angereicht. Diese beiden Punkte müssten in der Kalkulation für das Brot verschwinden. Wir würden auf die Umsatzsteuer glatt verzichten, wenn wir die alten Umlagerechte der Gemeinde Wien wieder hätten. Zur Sache selbst sei gesagt, daß wir selbst die Abschaffung der Warenumsatzsteuer auf Mehl im Nationalrat in einem Gesetzentwurf gemacht und daß wir auch für die Gemeinde auf ihren Anteil in der Warenumsatzsteuer verzichten. Da die Warenumsatzsteuer 260 Kronen beträgt und 40 Prozent davon auf die Gemeinde Wien entfallen, so sehen Sie daß die Gemeinde Wien durch diesen sozialdemokratischen Antrag auf viel mehr zu verzichten bereit ist, als die Minderheit durch ihren hier gestellten Antrag zumutet. Wir legten auch die Zumutung die Fürsorgeabgabe auf das Brotabzuschaffen nicht ab, das kann aber keine einseitige Maßnahme sein. (Sehr richtig) Abgesehen davon, daß die Gemeinde bis zum 31. Dezember durch ein Bundesgesetz dazu verpflichtet ist, so kann man ihr doch nicht ernsthaft zumuten 70 Kronen der Fürsorgeabgabe abzuschaffen um das Brot zu verbilligen, wenn der Bund seine 260 Kronen Warenumsatzsteuer einhebt. (Lebhafter Beifall). Das macht sich nur im Antrag Doppler sehr schon. Diesmal aber haben wir ihm nicht den Gefallen gemacht seine Dringlichkeitsanträge abzulehnen, sondern ich bin dafür daß dieser Antrag trotz seiner Stilisierung angenommen werde doch mit einer kleinen Abänderung. G.R. Doppler beantragt, daß die Fürsorgeabgabe umgehend angeschafft werde. Ich beantrage dieses Wort „umgehend“ zu streichen und einzusetzen: „sobald die Warenumsatzsteuer auf Mehl abgeschafft, sowie der Getreide- und Mehlsoll des neuen Zollltarifs suspendiert sein wird.“ (Lebhafter Beifall). Wenn Ihre Kollegen im Nationalrat den Gesetzesentwurf schleunigst erledigen, so könnte dieser Antrag in einigen Tagen hier leicht beschlossen werden (lebhaftes Heiterkeit und Beifall). Aber die Voraussetzungen müssten dafür geschaffen sein, durch Annahme meines Zusatzantrages kann der Antrag des Gemeinderates Doppler einen nützlichen Zweck erfüllen.

wird Schluss
Auf Antrag des G.R. Hofbauer ~~BAKEREI~~ der Debatte und die Wahl von Generalrednern beschlossen.

G.R. Kunschak Generalredner pro, fändet die Art und Weise wie dieser Dringlichkeitsantrag behandelt wird außerordentlich bezeichnend. Wozu Bedingungen für die Annahme des Antrages stellen?

G.R. Thaller: Wir wollen das Brot noch billiger machen.

G.R. Kunschak: Außerhalb des Gemeinderatsitzungssaales hört unsere Macht auf - Wir haben gar keine Möglichkeit auf den Nationalrat irgendwelchen bestimmenden Einfluß zu nehmen.

G.R. Weber: So wenig Einfluß haben Sie drüben?

der Pauschalierung
System/der Warenumsatzsteuer

G.R.Kunschak : Gerade unser System/der Warenumsatzsteuer bietet gegenüber dem Mehl beziehungsweise der Broterzeugung zu einem Prozentsatz der Steuer zu kommen, der sonst nicht erreicht werden könnte. Der Zolltarif ist noch gar nicht in Kraft und kann daher nicht systiert werden.

GR.Danneberg erwidert, dass Kunschak versucht habe, die Aufmerksamkeit von dem Antrag Doppler abzulenken. Das man den Mehlszoll pauschalieren will, besagt aber nicht, dass man eine Pauschale von acht Prozent festsetzt. Ueber die Inkraftsetzung des Zolltarifes haben Christlichsoziale und grossdeutsche Minister bereits öffentlich gesprochen. Diese Reden stehen allerdings im Widerspruch mit den seinerzeitigen Erklärungen, aber ich musste annehmen, dass die Regierung jetzt anderer Meinung geworden ist und das ist nicht gleichgültig, weil die Regierung eine Ermächtigung vom Nationalrat hat, den Zolltarif in einem ihr beliebig erscheinende Zeitpunkt in Kraft zu setzen. Bei dieser Gelegenheit wäre es ganz gut möglich, den Mehlszoll zu suspensieren.

Bei der Abstimmung gelangt zuerst der Antrag Doppler zunächst mit Weglassung des Wortes „umgehend“ zur Annahme. Bei der weiteren Abstimmung wird das Wort „umgehend“ abgelehnt und der Zusatzantrag Danneberg bezüglich des Zeitpunktes angenommen. Der Antrag Zimmerli wird abgelehnt.

Bürgermeister Seitz erklärt die Sitzung für geschlossen und beraumt die nächste Sitzung für Dienstag um 5 Uhr nachmittag an.

-.-.-.-.-

Zu Beginn der Sitzung brachte G.H.Holanbek und Kollegen die folgende Interpellation ein:

In einem vom Verband der Angestellten der Gemeinde Wien unterzeichneten Aufruf wird die Behauptung aufgestellt, daß die zuletzt gewährte 22 Prozent betragende Gehaltserhöhung der unteren Bezugsklassen ausschließlich dem Verband zu danken ist. Abgesehen von der Unrichtigkeit dieser Behauptung wird in diesem Aufruf das unerhörte Verlangen gestellt, daß die Erfolge dieser Lohnerhandlungen nur den im Verband organisierten Mitgliedern zukommen dürfen. Weiters wird in dem Aufruf damit gedroht, daß zu verhindern gesucht werde, daß jenen Mitglieder die mittlerweile ihren Austritt vollzogen haben die mit G.R.B. für alle Angestellten bewilligte Lohnerhöhung ausgezahlt werde. Die Kühnheit des Aufrufes geht soweit, daß die „Verbandstreuen Kollegen, aller außer Lohnregulierung sich ergebenden Beträge nur in der Kanzlei des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, I., Rathausstraße 9, Mezzanin erhalten sollen. Die Gefertigten richten daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1.) Ist dem Herrn Bürgermeister der Inhalt der Flugschrift bekannt? Wenn ja, ist der Herr Bürgermeister bereit diesem Ansinnen entschiedenst entgegenzutreten? 2.) Ist der Herr Bürgermeister entschlossen durch eine amtliche Erklärung bekanntgeben zu lassen, daß allen Angestellten, unbeschadet ihrer Organisationszugehörigkeit, alle durch G.R.B. bewilligten Zuwendungen ausbezahlt werden müssen?